



Die jüngste Drohung Donald Trumps gegenüber Iran markiert eine neue Stufe der Eskalation in einem ohnehin sehr gewalttätigen Konflikt. Nachdem Israel mit einem Angriff auf das iranische Gasfeld South Pars die Energiemärkte erschütterte, versuchte sich Washington zunächst zu distanzieren. Nur wenige Tage später jedoch stellte der US-Präsident selbst ein Ultimatum: Sollte Iran die Straße von Hormus nicht binnen 48 Stunden vollständig öffnen, drohten Angriffe auf die zivile Energieinfrastruktur des Landes.

Dieser abrupte Kurswechsel wirft Fragen auf – nicht nur über Trumps strategische Linie, sondern auch über die Kohärenz westlicher Politik im Nahen Osten.

Zwischen Distanzierung und Drohpolitik

Unmittelbar nach dem israelischen Angriff gab Trump an, nicht informiert gewesen zu sein. Kurz darauf relativierte er diese Aussage und erklärte, er habe Premierminister Benjamin Netanyahu von einem solchen Schritt abgeraten. Diese widersprüchlichen Signale spiegeln eine bekannte Dynamik der Trump-Politik: Uneinschätzbarkeit.

Umso bemerkenswerter ist Trumps anschließende Drohung, selbst kritische Infrastruktur Irans ins Visier zu nehmen. Ein solcher Schritt würde nicht nur eine massive Eskalation bedeuten, sondern auch Millionen Zivilisten direkt betreffen. Teheran reagierte entsprechend scharf und kündigte gegebenenfalls heftige Vergeltungsschläge an.

Divergierende Kriegsziele

Zu Beginn des Konflikts schienen Washington und Jerusalem noch weitgehend synchron zu agieren. Beide sprachen offen über die Schwächung des iranischen Regimes, beide zielten auf einen Regimewechsel, das Atomprogramm und die Raketenfähigkeiten des Landes.

Doch die Unterschiede traten rasch zutage. Während Netanyahu unverändert auf einen grundlegenden Regimewechsel hinarbeitet, scheint Trump seine Rhetorik angepasst zu haben. Beobachter interpretieren seine Linie zunehmend als Versuch eines „Regimewechsels light“: nicht der vollständige Umsturz, sondern eine politisch kontrollierbare Transformation, die letztlich in ein neues Atomabkommen münden könnte.

Israel hingegen verfolgt eine Maximalstrategie. Angriffe auf Energieanlagen und gezielte Tötungen führender Funktionäre zielen darauf ab, die staatlichen Strukturen Irans systematisch zu schwächen – bis hin zum möglichen Kollaps.



Die Straße von Hormus als geopolitischer Hebel

Im Zentrum der aktuellen Eskalation steht die Straße von Hormus. Rund ein Fünftel des globalen Ölhandels passiert diese Meerenge. Irans Fähigkeit, den Schiffsverkehr dort zu stören, verleiht Teheran erheblichen Druck auf die Weltwirtschaft.

Für Trump ist dies nicht nur ein außenpolitisches Problem, sondern auch ein innenpolitisches Risiko. Steigende Energiepreise treffen amerikanische Verbraucher unmittelbar – besonders in einem Wahljahr. Gleichzeitig profitieren geopolitische Rivalen wie Russland von den Marktverwerfungen.

Das Ultimatum lässt sich daher auch als Versuch interpretieren, diese strategische Schwäche Irans auszunutzen und die Kontrolle über die Eskalationsdynamik zurückzugewinnen.

Strategische Unschärfe als Risiko

Ob Trump seine Drohung tatsächlich umsetzt, bleibt offen. Noch kurz zuvor hatte er von einem möglichen „Rückfahren“ der Operationen gesprochen. Diese inkonsistente Kommunikation erschwert nicht nur die Einschätzung amerikanischer Absichten, sondern erhöht auch die Gefahr von Fehlkalkulationen auf allen Seiten.

Gleichzeitig deutet die Rhetorik darauf hin, dass sich Washington der israelischen Sichtweise annähern könnte: dass eine Verständigung mit dem bestehenden iranischen Regime zunehmend illusorisch erscheint.

Sollte sich diese Perspektive durchsetzen, könnte der Konflikt endgültig in eine Phase eintreten, in der nicht mehr Abschreckung, sondern systematische Schwächung das leitende Prinzip ist – mit kaum kalkulierbaren Folgen für die Region und die Weltwirtschaft.

WEITERE NACHRICHTEN

Mindestens 64 Menschen wurden laut der Weltgesundheitsorganisation bei einem Angriff auf ein Krankenhaus in der Region **Darfur** im Westen **Sudans** getötet.



In **Italien** findet heute der zweite Abstimmungstag eines Referendums über Änderungen in der Justiz statt. Das Ergebnis könnte die Autorität von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni schwächen.

Medienorganisationen erhöhen den Druck auf das **Pentagon**, den Zugang für die Presse wiederherzustellen, nachdem ein Bundesrichter zentrale Teile der Medienpolitik für verfassungswidrig erklärt hat.

Die Parlamentswahl in **Slowenien**, ein Duell zwischen Liberalen und rechtspopulistischen Kräften, endete nahezu unentschieden.

Robert Mueller, der das FBI zwölf Jahre lang leitete und die Untersuchung zu den russischen Einflussversuchen auf die Wahl 2016 führte, ist im Alter von 81 Jahren gestorben.

Autor: P. Tiko